



Zeitzeugen

Vorsichtige Zurückhaltung statt „heißer Herbst“ (Saarbrücker Zeitung vom 27. September 2000)

Vorsichtige Zurückhaltung statt „heißer Herbst“

Politiker und Betroffene der geplanten Reformen im Krankenhauswesen wollen sich zunächst ausführlich mit dem Rüschemann-Gutachten auseinander setzen

Vom groß angekündigten „heißen Herbst“ in Sachen Krankenhausreform ist im Saarland noch nichts zu spüren. Das am Montag vorgelegte Gutachten hat bislang nur zurückhaltende Reaktionen ausgelöst.

Saarbrücken (wer). 220 Blatt Papier sind im Gutachten abgeheftet, das Professor Hans-Heinrich Rüschemann mit seinen Mitarbeitern Christian Krauss und Andrea Roth von der Gesellschaft für Systemberatung im Gesundheitswesen im Auftrag des Gesundheitsministeriums als Grundlage für die Fortschreibung des saarländischen Krankenhausplanes vorgelegt hat und über das wir ausführlich berichtet haben. Diese Bestandsaufnahme auf Basis aktueller Daten (so Rüschemann und Sozialministerin Regina Görner bei der Vorstellung) wird Grundlage für die Fortschreibung des

Krankenhausplanes von 2001 bis 2005, bei der voraussichtlich rund 1000 der 8300 Krankenhausbetten im Saarland abgebaut werden, um die Kosten im Gesundheitswesen mit den jährlichen Finanzzuschüssen von 850 Millionen Mark zu verringern und die Beiträge der Sozialversicherten stabil zu halten. Die jetzt 50 Jahre bestehende Saarländische Krankenhaus-Gesellschaft (SKG) will als Interessenvertreterin aller 27 in ihrem Bestand seitens des Ministeriums nicht gefährdeten Krankenhäuser erst übernächste Woche eine Stellungnahme zum umfangreichen Gutachten abgeben. Die oppositionelle SPD-Landtagsfraktion will sich heute dazu erklären, nachdem die CDU-Fraktion das Gutachten bereits als gute Grundlage für die weitere Krankenhausplanung bewertet hat. Als erste hat die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) die Regierung an ihre von dieser

nie bestrittene politische Verantwortung dafür erinnert, welche stationären medizinischen Dienstleistungen in den Landkreisen des Saarlandes weiterhin angeboten werden. Die ÖTV ist inzwischen von ihrer Befürchtung abgerückt, dass möglicherweise bis zu 4000 Arbeitsplätze im Gesundheitswesen bedroht sein könnten und sorgt sich nun um die Zukunft von etwa 1200 ÖTV-Chef Rolf Linsler kündigte jedoch weiterhin „harten Widerstand“ für den Fall an, dass die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung, Arbeitsplätze und soziale Interessen gefährdet werden sollten.

Der für das Gesundheitswesen zuständige stellvertretende Bezirksleiter der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG), Gerhard Voelker, fordert eine „Krankenhausplanung nach Maß“. Es gelte, in der Umsetzungsphase der politischen Entscheidungen bis zur Vorlage des Krankenhausplan-Entwurfes am

Regierung richtet Vermittlungsstelle ein

Das Sozialministerium, das am Dienstag der saarländischen Krankenhauskonferenz das Gutachten von Professor Rüschemann als Grundlage zur Fortschreibung des Krankenhausplanes von 2001 bis 2005 vorgelegt hat, wird am 29. November seinen Entwurf vorstellen. Zu diesem Zeitpunkt richtet das Ministerium auch eine „neutrale“ Vermittlungs-(Clearing-)Stelle ein, die von Ministerialdirigent a.D. Franz-Rudolph

Kronenberger geleitet wird, der zwei Sachbearbeiter und eine Bürokräftin zur Seite und die in der Arbeitskammer des Saarlandes angesiedelt wird. Sie soll Koordinationsstelle für die Krankenhäuser und deren Mitarbeiter in Personalfragen sein. Ihr zur Seite stehen soll ein Beirat mit Vertretern der Krankenhausgesellschaft, der Krankenkassen, Gewerkschaften, der Arbeitsverwaltung und der Arbeitskammer.

20. November den Zeitrahmen zu nutzen, um mit allen Beteiligten den vom Ministerium begonnenen Dialog fortzuführen. Voelker: „Wir akzeptieren, dass eine zwar leistungsorientierte und finanzierbare Umstrukturierung auf den Weg gebracht werden soll, aber im Vordergrund steht für die DAG die Vermeidung sozialer Härten oder gar betriebsbedingter Kündigungen.“ Die DAG werde die Diskussion kritisch-konstruktiv begleiten. Die Gewerkschaft begrüßt die vom Ministerium geplante „Clearingstelle“ (Info-Kasten), kritisiert jedoch, dass dem dazu gehörenden Beirat keine Kompetenzen zugewiesen wurden.